

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 23, 15. November 2001

Einblicke

Umgestaltet

Von Matthias Arning

Die Zeiten ändern sich. Manchmal ganz schnell. Das kann mit historischen Zäsuren wie 1989 zusammenhängen, das kann mit Jahrestagen in Verbindung stehen. Immer jedoch ist es eine Frage der Perspektive. Der steht mit dem 28. November ein grundlegender Wandel bevor: Wenn die Wehrmachtsausstellung an diesem Tag nach der selbst verordneten Umgestaltung wieder zu sehen sein wird, mag es auch wieder wütende Aufschreie geben, doch jenseits des früheren Gezeters könnte es jetzt um die Ausstellung selbst und nicht mehr allein um persönliche Verletztheiten, politische Korrektheiten und ideologische Verbahrheiten gehen. Ursprünglich hatten die Macher der Ausstellung am Hamburger Institut für Sozialforschung die Dokumentation der Verbrechen der Wehrmacht zwischen 1941 und 1944 pünktlich zum 50. Jahrestag des Kriegsendes platziert. Sie rechneten mit dem Aufschrei alter Männer, junger Rechter und um ihre politische Existenz ringender Populisten. Und sie wehrten die Kritik der Kritiker, etwa im Zusammenhang mit der falschen Zuordnung von Bildern, in einer Weise ab, die schließlich zu einem vom Institutschef Jan Philipp Reemtsma eingeräumten Problem der Glaubwürdigkeit führte. Reemtsma setzte auf einen neuen Start, zog die umstrittene Ausstellung einstweilen aus dem Verkehr und ließ sie gerade im Hinblick auf unterschiedliche Verbrechenstypen wie Völkermord, Hungerpolitik und Partisanenkrieg neu gestalten.

Was dabei herausgekommen ist, weiß noch niemand. Bei allen Umgestaltungen sollte auf jeden Fall an der These festgehalten werden, „dass die Wehrmacht als Organisation am Vernichtungskrieg beteiligt war“. Damit ist zugleich der Ausgangspunkt des künftigen Diskurses markiert: Von dort aus geht es nicht mehr um Vorwürfe, Selbstbezeichnungen und Abwehrkämpfe; vielmehr geht es um einen Beitrag zu einer Verständigungsdebatte, die erst allmählich Zäsuren wie die von 1989 und Jahrestage wie den 8. Mai 1995 aufnimmt. *Matthias Arning ist Redakteur der Frankfurter Rundschau.*

Germanischer Recke

Bei der Schill-Partei gibt es Probleme mit rechtem Führungspersonal.

Seite 2 ■

Neue Schlamm Schlacht

Die extreme Rechte mobilisiert schon wieder ihre Anhänger gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“.

Seite 3 ■

Bündnis gegen Europa

Mehrheitlich wird bei der „Neuen“ Rechten die USA nach wie vor als Hauptfeind angesehen.

Seite 4 ■

„Satanische Parasiten“

Militante US-amerikanische Rechtsextremisten wollen gegen die „jüdisch kontrollierte“ Regierung kämpfen.

Seite 6 ■

Bauern im NS-Staat

Viele Landwirte sympathisierten mit den Nazis, von denen sie gehätschelt wurden.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhöffel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Grauzone**Rechter Germane****Schill-Partei hat Probleme mit dem Führungspersonal**

„Sehr scharf“ wolle er sich von rechtsextremen Parteien und Personen abgrenzen“, versprach Ronald Schill im Wahlkampf. Doch manchmal ist der Grad zwischen rechts und rechtsextrem ein schmaler, wie zwei Beispiele zeigen: Ein Bezirksführer der Partei gehört zur rechtslastigsten Hamburger Burschenschaft und ein Bürgerschaftsabgeordneter soll als Student mit ausländerfeindlichen Sprüchen provoziert haben.

„Ich kann Hitler wegen der Juden ja verstehen. Mir selber wird körperlich unwohl, wenn ein Türke vor und ein Pole hinter mir im Supermarkt steht“, soll der Abgeordnete und Schatzmeister der Schill-Partei, Norbert Frühauf (42), 1989 in einem Seminar an der Hamburger Uni gesagt haben. Das behauptet jedenfalls seine Ex-Kommilitonin Christiane Yüksel. Die heutige Rechtsanwältin untermauerte ihren Vorwurf mit einer Eidesstattlichen Erklärung. Die hat mittlerweile auch Frühauf abgegeben – er dementiert, sich rassistisch geäußert zu haben. „Das ist eine Schmutzkampagne der SPD. Eine unverschämte, dreiste Lüge“, erklärte er der „Morgenpost“, die als erste Zeitung über den Fall berichtet hatte. Weil die Staatsanwaltschaft gegen Frühauf ermittelt, forderte der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Grund ihn auf, sein Mandat ruhen zu lassen: „Sollten sich die Vorwürfe bewahrheiten, wäre Herr Frühauf aus Sicht der SPD-Fraktion als Abgeordneter untragbar.“

Auch eine zweite Personalie bereitet Parteigründer Schill zurzeit Sorgen. Der 30-jährige Student Christian Brandes, immerhin Fraktionschef im Bezirk Eimsbüttel, mischt bei der Burschenschaft Germania mit, über die der Hamburger Verfassungsschutz 1993 in einem internen „Informationsbericht“ notierte: „Aus ihrer Ablehnung der Demokratie und ihrer Befürwortung des Führerprinzips machen viele Germanen keinen Hehl.“ Bestätigt wurde diese Einschätzung vor einigen Monaten. Ausgerechnet die NPD-Hochschulorganisation NHB empfahl interessierten Studenten die Germania als „nationalen Bund“. Für Brandes alles halb so schlimm. „Die Burschenschaft ist nicht rechtsradikal und ich bin es auch nicht“, sagte er dem „Hamburger Abend-

blatt“. Der Beschwichtigungsversuch ist angesichts der Drohung des Parteigründers verständlich. „Wir haben eine Aversion gegen Rechtsextremisten. Die fliegen bei uns hochkant raus“, hat Schill unmissverständlich verkündet.

Dass die Germania gute Kontakte ins rechtsextremistische Lager unterhält, ist kein Geheimnis. So sorgte die Verbindung in den 90er Jahren für Schlagzeilen, weil sie in ihren Räumen an der Sierichstraße den ehemaligen Vorsitzenden der mittlerweile verbotenen FAP Andre Goertz beherbergte, rechtsextremistischen Referenten wie Manfred Rouhs ein Forum bot und Republikanern als Postadresse diente.

Auch hochschulpolitisch zeigen die Chargierten Engagement. „Schriftwart“ Thomas Narloch, „Fechtwart“ Jürgen Grasl und „Fuxmajor“ Olaf Svensson kandidierten im Januar auf Liste 1 unter dem Namen V.O.L.K. für das Studentenparlament der Hamburger Uni. Das Kürzel, unter dem auch Schill-Mitstreiter Christian Brandes antrat, steht für „verantwortlich“, „objektiv“, „loyal“ und „konservativ“.

Derweil gab die Schill-Partei bekannt, jetzt auch jenseits der Grenzen des Hamburger Stadtstaats um Stimmen und Mitglieder werben zu wollen. Am Aufbau der Partei im nördlichsten Bundesland wird bereits kräftig gebastelt. Die ersten Ortsverbände sollen Anfang nächsten Jahres gegründet werden, erklärte der Bürgerschaftsabgeordnete Peter Müller gegenüber den „Lübecker Nachrichten“. Vorstandsmitglied Müller schränkt aber ein: „Wir wollen keine Leute mit einem Vorleben in der DVU, der NPD oder den Republikanern. Sie haben bei uns keine Chance.“ Die Wähler der Rechtsausleger sind in der Schill-Partei dagegen willkommen. „Das ist doch gut so“, freute sich Partei-Chef Schill über das Einsammeln zahlreicher Stimmen vom rechten Rand. Bei der Bürgerschaftswahl 1997 hatten DVU, Republikaner, NPD und Bund Freier Bürger zusammen noch über acht Prozent erreicht. Dieses Stimmenpotenzial wurde jetzt unter die Ein-Prozent-Marke gedrückt. Dank Schill.

Etwas überraschend kam die Ankündigung der rechtspopulistischen Partei, bei der ebenfalls geplanten Ostausdehnung vor allem der PDS Stimmen abzugeben. „Ich bin zuversichtlich, dass wir im April in Sachsen-Anhalt antreten“, betonte der stellvertretende Vorsitzende Dirk Nockemann. Dort hat man es vor allem auf die Protestwähler der PDS abgesehen.

Volker Stahl

Aktivitäten

Neue Kampagne

Die Schlammschlacht der extremen Rechten gegen die Wehrmachtsausstellung geht weiter.

Es war eine der größten Propagandaerfolge der Rechtsextremisten in der Nachkriegszeit, als es ihnen im März 1997 in München gelungen war, mehr als 5000 Menschen unter dem Motto „Unsere Väter waren keine Mörder“ gegen die vom Hamburger Institut für Sozialforschung konzipierte Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ zu mobilisieren. Obwohl die NPD und ihre Jugendorganisation JN federführend an den Protesten beteiligt waren, wurde nicht nur das rechtsextreme Spektrum angesprochen. Selbst rechtskonservative Kreise gingen gegen die Ausstellung auf die Straße. Wie in München gab es in der Folgezeit in allen Städten, in denen die Ausstellung gezeigt werden sollte, Aktionen von rechts. Die beschränkten sich bald nicht mehr nur auf Mahnwachen und Demonstrationen. Mehrmals wurden die Ausstellungstafeln beschmiert und in Saarbrücken gab es einen Bombenanschlag auf das Gebäude, in dem die Schau gezeigt werden sollte.

So war es nicht verwunderlich, dass die Neonazis die vorübergehende Absetzung der Ausstellung als großen Sieg feierten. Wenn der unmittelbare Anlass für den Rückzug der Exposition und die inhaltliche Neubearbeitung einige falsch zugeordnete Bilder gewesen sind, und eine Historikerkommission den Ausstellungsmachern wissenschaftlich-korrekte Arbeit bescheinigte, nahmen die Rechten für sich wohl nicht ohne Grund in Anspruch, mit zu dem Klima beigetragen zu haben, dass das vorläufige Ende der Ausstellung erzwungen habe.

Das Nationale Infotelefon (NIT) Hamburg verkündete am 9.11.1999: „Doch das Scheitern der Ausstellung ist ein fulminanter Sieg der nationalen Opposition. Es ist nun eindeutig bewiesen, dass die deutsche Geschichte absichtlich verfälscht wird, um sie für politische Zwecke zu missbrauchen.“

Nachdem das Hamburger Institut ankündigte, dass die Überarbeitung der Ausstellung abgeschlossen ist und diese in verschiedenen Städten, unter anderem vom 28. November 2001 bis 13. Januar 2002 in Berlin gezeigt wird, schickt sich die rech-

te Szene an, die Kampagne gegen die Dokumentation fortzusetzen. Den Anfang machte die „Junge Freiheit“ (JF) am 20. Juli mit einem Artikel unter der Überschrift „Die Schlammschlacht geht weiter“. Zunächst bemängelt der Autor, dass der Widerstand gegen die Ausstellung noch zu schwach war. „Nur selten zeigte sich erbitterter Widerstand gegen eine diffamierende Hass-Show, wie sie nur in Deutschland möglich ist“. Der Schreiber macht keinen Hehl über seine Wut angesichts der neuen Konzeption: „Viele glaubten damals, die Ankündigung sei nur eine Trotzreaktion, die Ausstellung sei erledigt und werde in die Versenkung des pathologischen Selbsthasses verschwinden. Doch leider ist dem nicht so“. Mit Verweis auf den rechten Ausstellungskritiker Rüdiger Proske wird zugestanden, dass die neue Schau so gründlich überarbeitet worden ist, dass man wahrscheinlich keine sachlichen Fehler mehr finden wird. Die Schlussfolgerung der JF ist eindeutig: „Damit dürfte klar sein, dass die Schlammschlacht um die Deformation des deutschen Geschichtsbewusstseins 'wissenschaftlich tadellos abgedichtet' weitergehen wird. Denn auch der neue Titel der Ausstellung bedeutet eine pauschale Verunglimpfung der Wehrmachtssoldaten“.

Verwunderlich war es da nicht, dass bald die Stiefelnazis in Aktion traten. So marschierten am 11. September zehn Neonazis mit Reichskriegsflagge und wehrmachtsverherrlichenden Plakaten vor dem Bürgerhaus Vegesack in Bremen auf. Dort sollte Jan-Philipp Reemtsma über die neukonzipierte Ausstellung referieren. Wegen der Anschläge in den USA hatte er kurzfristig abgesagt. Die Neonazis kamen trotzdem.

Am 1. Dezember will die NPD den Erfolg von München in Berlin wiederholen. Sie plant eine Demonstration gegen die Ausstellung und rechnet offiziell mit bis zu 3000 Teilnehmern. Die Route soll durch die Berliner Innenstadt gehen und auch an der Synagoge vorbeiführen. Als Redner sind der NPD-Vorsitzende Udo Voigt und Horst Mahler vorgesehen. Das Motto der Demonstration lautet „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“. Damit spielen die Rechten auf die Aussetzung der Ausstellung an. Bei der Demonstration ist wieder eine Zusammenarbeit mit den Freien Nationalisten um Christian Worch geplant. Das war auch bei den früheren Protesten gegen die Wehrmachtsausstellung so. Diese Kooperation hat sogar Eingang in das Beweismaterial gefunden, mit dem die Bundesregierung den NPD-Verbotsantrag begründet.

Peter Nowak

Aktivitäten**Gefallene Kämpfer**

In Winterberg wollen Neonazis zu Ehren dreier toter Kameraden aufmarschieren.

Für den 24. November hat eine Aktivistin der Sauerländer Aktionsfront (SAF) einen Trauermarsch für Andre Zimmermann, Thomas Kubiak und Harald Theodor Mehr angemeldet. Die drei waren im November 1997 nach einem Treffen mit Hamburger Neonazis bei einem Unfall ums Leben gekommen. Zimmermann und Kubiak hatten die SAF organisiert; bundesweit zählten beide zu den führenden Köpfen der Neonaziszene. Mehr gehörte zu den Organisatoren des Lüdenscheider Donner-Versand. Schon bald wurde in der Szene verbreitet, dass es sich nicht um einen Unfall gehandelt habe. Dass die Staatsanwaltschaft mitteilte, der Wagen sei nachts mit Tempo 140 ungebremst auf einen liegengeliebenen, unbeleuchteten Sattelzug aufgefahren, änderte daran nichts. Im Thule-Netz hieß es, die drei seien „beseitigt“ worden. Das Wort Unfall benutzten die Neonazis mit Anführungszeichen: „Trotz Mord und Verbot nicht tot“ sei die SAF. Rund um Zimmermann, Mehr und Kubiak entwickelte die Szene den Mythos dreier Kämpfer, die im Einsatz für Deutschland ums Leben gekommen seien: „Ihr Leben galt dem Kampf um ein neues Deutschland. Dafür lebten und starben sie.“

Mit konspirativ organisierten Treffen hinter verschlossenen Türen wurde in den letzten Jahren an sie erinnert. Erstmals wollen die Neonazis jetzt offen für ihre Kameraden auf die Straße gehen. Einen „Fackelmarsch“ kündigt der Siegener Bärensturm auf seiner Internetseite an. Schwarze Trauerfahnen und „angemessene Kleidung“ empfehlen andere Seiten. So ganz mag man von der Legende der „umgebrachten“ Kollegen nicht lassen. „Unter mysteriösen Umständen“ seien die drei ums Leben gekommen, verbreitet das NIT Rheinland. Der „gefallenen Kameraden“ werde gedacht, heißt es andernorts.

Möglich ist, dass die Demo noch verboten wird. Verbote gegen SAF-Veranstaltungen hatten bisher Erfolg – gestützt auch auf das Nazi-Gepränge, das die Beisetzung von Zimmermann und Kubiak 1997 in Winterberg hatte. Damals verabschiedeten sich die Neonazis lautstark von den beiden „SA-Männern“, riefen Sieg Heil und warfen Hakenkreuz- und Reichskriegsflaggen ins Grab. *Tomas Sager*

Hintergrund**Krieg gegen Europa**

Mehrheitlich sieht die „Neue“ Rechte nach wie vor die USA als Hauptfeind – mithin gar im Bündnis mit dem Islam

„Wer selbst im Glashaus sitzt – nur zu erinnern an Dresden, Nagasaki und Hiroshima – sollte vorsichtiger mit Diffamierungen umgehen.“ So Leserbriefschreiber Horst H. Geisel in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) zur US-Definition von „Schurkenstaaten“. Er bezieht sich auf JF-Autor Michael Wiesberg, einen ehemaligen Mitarbeiter der Republikaner-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, der in den USA die Ursache des Terrors ausmacht und speziell im Falle Afghanistans eine personengebundene Schuldzuweisung treffen zu können glaubt. Es handelt sich um den ehemaligen Sicherheitsberater der US-Administration, Zbigniew Brzezinski, der im Interesse der Destabilisierung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zum „Aufbau eines weltweiten Netzwerkes von islamischen Extremisten beigetragen“ habe. Das Resultat sei voraussehbar gewesen: „Die Lösung eines Problems erzeugt ein neues.“

Auch wenn die meisten Kritiken der USA durch die extreme Rechte sich auf kulturelle Phänomene beziehen, mehren sich doch inzwischen die Stimmen, die sich auf die ökonomischen Interessen der USA im zentralasiatischen Raum berufen. In diesem Zusammenhang erfolgt auch in Deutschland jene Wiederentdeckung der Geopolitik, die in Frankreich und anderen romanischen Ländern bereits vor rund zwanzig Jahren stattgefunden hat. JF-Leser Josef August Neuberger erläutert gemeinsame Interessen Pakistans und der USA, nämlich das „geostrategische Projekt“, „einen stabilen Korridor zu schaffen“, der den ungehinderten Zugang zu den Rohstoffen in den zentralasiatischen Republiken der früheren Sowjetunion gestatte. Für eine geplante Pipeline in diesem Gebiet seien bereits Milliardenbeträge investiert worden.

Ausgehend von solchen geo-ökonomischen Analysen, ranken teilweise abstruse Verschwörungstheorien, die die Ursache der kriegerischen Auseinandersetzungen in Saudi-Arabien sehen, das Verständigungsversuche zwischen den Taliban und den USA mittels Usama Bin Laden hintertrieben habe, um die eigenen Erdöleinkünfte langfristig zu

sichern. Wie bei allen Verschwörungstheorien existiert stets ein realer Kern an Fakten und Interessenlagen, der selbst Zweifler einräumen lässt, dass zumindest eine vage Möglichkeit des Wahrheitsgehaltes der aufgestellten Behauptungen besteht. Das, was durch den ehemaligen General Pierre Marie Gallois als Argumentationslinie vorbereitet worden ist, wird heute durch andere Autoren aufgegriffen und verfeinert. Gallois, Leiter des Institut International de Géopolitique in Paris und Weggefährte der „Neuen“ Rechten, hatte bereits in den letzten Kriegen in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens vor allem Versuche ausgemacht, den Einflussbereich des arabischen Großraums zu erweitern und die Türkei als regionale Großmacht zu etablieren, wobei in ihr in erster Linie ein Instrument der US-Außenpolitik gesehen wird. Da eine Vergrößerung der Rolle der Türkei, so die Argumentationskette, zugleich die Bedeutung Israels schmälern und deshalb die Finanzflüsse dorthin verringern würde, fände sich Israel somit objektiv auf der Seite Serbiens und also der Europäer gegen den vordringenden Islam.

Die Zurückdrängung des besonders in Frankreich traditionell starken pro-arabischen und tendenziell pro-islamischen Diskurses in der extremen Rechten, die auf solchen geopolitischen Positionen beruht, führt bei Teilen der „Neuen“ Rechten zu dem Paradox einer partiell israelfreundlichen Haltung aus machtpolitischen Erwägungen, während zugleich andere Teile der „Neuen“ Rechten und der Nationalrevolutionäre Bin Laden als Freiheitskämpfer gegen die USA feiern, der sich wegen seines islamischen Fundamentalismus der Akzeptanz der „liberalistischen US-Ideologie“ der Werte der Aufklärung verweigere. In Belgien vertritt diesen Ansatz der nationalrevolutionäre, mit der NPD zusammenarbeitende Mouvement pour la Nation, der aus der Brüsseler Sektion der Odal Groep hervorgegangen ist, in Italien unter anderem die Gruppe um die Zeitschrift „Orion“ (Mailand) oder der Verlag „Ar“ des früheren Terroristen Franco Freda.

Zugleich werden die Bruchlinien innerhalb dieser Strömung selbst deutlich. Während Robert Steuckers, Generalsekretär der Synergies Européennes und Referent bei einem Treffen des Mouvement pour la Nation am 6. Oktober in Brüssel, in einem Communiqué seiner Gruppe vom 15. September zu den Anschlägen in Washington und New York zunächst umfangreich sein Beileid für die Opfer der Anschläge und deren Hinterbliebene zum Ausdruck bringt und trotzdem weiterhin die

USA als Hauptfeind ausmacht, ist beim Mouvement National Républicain (MNR) des ehemaligen GRECE-Funktionärs Bruno Mégret der „Islamismus“ an die Stelle des bisherigen Hauptfeindes USA getreten. Nicht zuletzt dieser ideologische Schwenk hat einen anderen früheren GRECE-Kader, den Geschichtsprofessor Pierre Vial, zum Ausscheiden aus dem MNR geführt.

Bei einer Konferenz von Vials völkischer Gruppe „Terre & Peuple“ am 7. Oktober in Paris, einen Tag nach dem „neu“rechten Treffen in Brüssel, war es wieder einmal Guillaume Faye vorbehalten, die jüngste Ausformung der Ideologie dieser Strömung zu formulieren. Innenpolitisch stellt demnach die Immigration aus den islamischen Ländern eine „fünfte Kolonne“ in Europa dar. Insofern ist dieser Ansatz durchaus kompatibel mit den Vorstellungen des Aufbaus einer „Festung Europa“ und einem Generalverdacht gegen alle Immigranten. Jeder könnte ein „Schläfer“ sein, denn alle wirken als Partisanen hinter der Front, auf dem Gebiet des Feindes in einem nicht erklärten Krieg.

Faye beruft sich dabei auf die Argumentation des Weggefährten der „Neuen“ Rechten Alexandre Del Valle, der Geopolitik am renommierten CNRS lehrt. Del Valle sieht ein objektives Bündnis von USA und Islam gegen Europa. Den USA als der verbliebenen Weltmacht müsse daran gelegen sein, das „gegenüberliegende Ufer“ des US-Konkurrenten Europa zu besetzen. Die Argumentationskette des deutschen Geopolitikers und Generals Karl Haushofer aufgreifend, behauptet Del Valle, die traditionelle Seemacht Großbritannien stehe bereits heute in der Rolle des vorgelagerten Flugzeugträgers gegen Europa. Der nächste Schritt bestehe in der Kooperation mit dem südlichen Mittelmeerraum, um Europa in einen Zangengriff zu bekommen. Dergestalt eingekreist, sei es den zersplittert agierenden europäischen Staaten nicht möglich, ein wirksames Gegengewicht gegen die USA zu entwickeln. Im jetzigen Krieg werde die Unterordnung unter die USA und damit unter gegensätzliche Interessen nur zementiert. Auch der Krieg gegen Afghanistan sei somit ein Krieg gegen Europa. Nur dass dies die scheinbaren Verbündeten, die europäischen NATO-Staaten noch nicht wissen würden. Und, so beschließt der „Neu“rechte Alexander Dugin, Kopf der Allrussischen Sozio-Politischen Bewegung EURASIEN, seine Analyse: „Der Kampf Amerikas gegen den Rest der Welt kann angesichts der bestehenden Massenvernichtungstechnologien sogar theoretisch kaum mit irgendetwas Positivem enden.“

Jean Cremet

Ausland**Die Saat des Teufels**

In den USA wollen sich die militanten antisemitischen Aryan Nations im Spektrum wieder etablieren. Gewalt gegen das verhasste System ist nicht ausgeschlossen.

Die Aryan Nations (AN), eine der profiliertesten und etabliertesten rechtsextremen Gruppen in den USA, haben einen neuen Führer. Nach einem turbulenten Jahr für die aggressiv antisemitische Christian-Identity-Organisation bestimmte der Gründer, langjährige Führer und „graue Eminenz“ des amerikanischen Rechtsextremismus, der 83-jährige Richard Butler, überraschend Harold „Ray“ Redfeairn zu seinem Nachfolger.

Nachdem die Aryan Nations vor rund einem Jahr in einem Schmerzensgeld-Prozess unterlagen, und zu einer Zahlung von 6,3 Mio. US-Dollar verurteilt wurden, was den Verlust des AN-Anwesens in Hayden Lake im Norden des Staates Idaho sowie den Verlust des Namensrechts zur Folge hatte (vgl. BNR 20/00), wurde in den Folgemonaten der Gruppenname in „Aryan National Alliance“ umgewandelt. Außerdem musste Butler aus seinem Haus ausziehen und bezog eine von Carl Story und Vincent Bertollini, zwei den AN eng verbundenen Software-Millionären, gestellte Behausung unweit des ehemaligen AN-Hauptquartiers. Zu allem Überfluss fielen nach und nach Anhänger in Richtung der neugegründeten „Church of True Israel“ ab, die vor allem die konsequente Hitlerverehrung als kontraproduktiv kritisierten.

In dieser prekären Lage benannte der seit längerem schwer kranke Butler auf dem jährlich abgehaltenen Aryan Nations Kongress im Juli dieses Jahres seinen langjährigen Weggefährten Neumann Britton zu seinem Nachfolger. Der erlag jedoch schon einen Monat später einem Krebsleiden und hinterließ wiederum ein Führungsvakuum, das nun von Ray Redfeairn gefüllt werden soll. Der einschlägig für versuchten Mord an einem Polizisten verurteilte Redfeairn war bisher Anführer der in Ohio ansässigen „Church of the Son's of YHJV“ (YHJV steht für Yahweh = Gott) und ist vor allem durch seine besonders gewaltbejahenden Positionen aufgefallen. Schon auf dem Aryan Nations Kongress im Juli 1997 predigte Redfeairn: „Es war, als die Christen sich um Jesus versammelten

und Judas, der Jude, und der Rest seiner jüdischen Kumpel unseren Heiland – den wahrsten Arier der jemals lebte – überrumpelten und ihn an das Kreuz hingen. Das ist das Ergebnis von Treffen zwischen Christen und Juden. Da gab es ein anderes Treffen zwischen Christen und Juden das etwas besser lief für eine Weile – dieses Treffen war von Adolf Hitler einberufen. Da zogen dann die Juden den Kürzeren für eine Weile [Gelächter]. Wir werden ein weiteres Treffen von Christen und Juden haben. Das Finale, die Wahrheit warum Gott lebt, und die wahre Antwort auf die jüdische Frage. Was ist die jüdische Frage? Für mich kommt es auf dies hinaus: soll der Jude existieren? Zur Hölle, nein! [starker Applaus]“ (Übers. T.G.).

Was hier ausgedrückt wird, entspricht genau der der Christian Identity-Ideologie ureigenen Politisierung des kosmischen Kampfes zwischen Gut und Böse, dem chiliastischen Ringen mit den Juden, und damit mit dem Teufel selbst. In einer fundamental-rassistischen Interpretation der Schöpfungsgeschichte werden Weiße von Christian Identity als alleinige Nachkommen Adams dargestellt. Mit der sogenannten „two-seed doctrine“ wird argumentiert, dass die Bibel einzig die Geschichte der weißen Rasse sei: der alleinigen Nachkommen von Adam, der „Adamischen Rasse“, also der wahren Israeliten. Juden sowie „nicht-weiße Rassen“ stellen nach Christian Identity die andere, die zweite Kreation dar: „die Saat Lucifers“, also des Teufels. Der Glauben an die direkte Abstammung aller Juden vom Teufel bildet die wohl typischste Komponente innerhalb der Christian Identity-Ideologie. Der Holocaust wird deshalb als Werk Gottes angesehen, die Welt von den Nachkommen Lucifers (sprich: den Juden) zu befreien.

Dass Ray Redfeairn seine Einstellung seit 1997 nicht verändert hat, zeigen seine jüngsten Äußerungen. Im Schmerzensgeld-Prozess gegen die Aryan Nations sagte der jetzige „national director“ aus, nur deshalb noch nicht Mitglied der AN zu sein, weil diese öffentlich die Anwendung von Gewalt ablehne. In puncto Radikalität steht der engste Weggefährte und neue „Informations-Direktor“ August Kreis dem AN-Führer in nichts nach. Kreis, Veteran der regierungsfeindlichen Posse Committatus mit einem eigenen befestigten Anwesen namens „Last Outpost“ im ländlichen Pennsylvania, verkündet auf den neuen, von ihm verwalteten AN-Webseiten: „Ich strebe nach und werde NICHTS weniger als ein rassistisch gesäubertes Amerika akzeptieren, und dies wird nicht möglich sein, ohne

das Blutvergießen SEINER [sprich Gottes; Anm.] Feinde, im Auftrag SEIN Gesetz aufrecht zu erhalten“ (Hervorhebungen im Original; Übers. T.G.).

August Kreis verlautbarte in der mit dem 27. September datierten Ankündigung der Übergabe der AN-Führerschaft auf Redfeairn auch den Umzug des Hauptquartiers der Aryan Nations auf sein Grundstück in Ulysses, Pennsylvania. Schon jetzt mobilisieren allerdings lokale Initiativen mit dem ehemaligen AN-Aktivisten Floyd Cochran an der Spitze gegen diesen Umzug. Sicherlich zu recht befürchten die Anwohner, dass schon bald der Aryan Nations Kongress nebst Skinhead-Konzerten sowie Hitler-Geburtstagsfeiern in ihrer Nachbarschaft stattfinden werden. Dazu wird womöglich noch ein Timothy McVeigh-Tag kommen, den die neue Aryan Nations-Führung für den 19. April in Erinnerung an den Bombenanschlag in Oklahoma City – einen mutigen „Schlag gegen das jüdisch kontrollierte böse System des Biests“ (AN-Webseite) – als verbindlichen Gedenktag angesetzt hat.

■ Jüdisch kontrollierte amerikanische Regierung ■

Wenig überraschend ist es in diesem Zusammenhang, dass auch Redfeairn und Kreis, wie eine Reihe anderer Rechtsextremisten auf beiden Seiten des Atlantiks, sich nach den Terroranschlägen vom 11. September mit den islamistischen Terroristen beziehungsweise ihren Motiven solidarisieren. So kommentiert Redfeairn auf der Aryan Nations-Webseite: „Die Aryan Nations haben die jüdische Übernahme unserer Regierung seit nunmehr 25 Jahren bekämpft. Die Palästinenser haben die mörderische Übernahme ihres Landes, auch von Juden, seit über 50 Jahren bekämpft. Also haben wir natürlich einiges gemeinsam; wir haben einen gemeinsamen Feind – den Juden. Allerdings gibt es einen großen Unterschied zwischen den Palästinensern und den Aryan Nations: die Palästinenser sind bereit, friedlich mit den Juden zu leben, in Koexistenz im gleichen Land. Die Aryan Nations sind dies nicht!“ (Übers. T.G.).

Festzuhalten ist, dass sich der Kurs der Aryan Nations unter der Führung von Ray Redfeairn und der Mithilfe des erfahrenen Agitators August Kreis nochmal radikalisiert wird. Nach der durchlaufenen Durststrecke mit verllorener Klage, Verlust des Hauptquartiers und einer Reihe langjähriger Mitglieder ist gerade aufgrund der kompromisslos an-

tisemitisch-gewaltverherrlichenden Position der neuen AN-Führung in Verbindung mit der Gewissheit, der gottgewählten Klasse der „wahren Arier“ anzugehören, die die Welt vom „satanischen Parasiten“ Judentum befreien muss, ein Mobilisierungsschub zu erwarten. Dies gilt, besonders vor dem Hintergrund einer neuen Begründungsgrundlage seit dem 11. September, auch für die praktische Umsetzung der nach dem Blut der „Zionistisch Okkupierten Regierung“ (ZOG) schreienden pseudo-christlichen Ideologie. Wie die Umsetzung aussehen kann, zeigte unter anderem der ehemalige AN-Sicherheitschef Buford Furrow, der im August 1999 schwer bewaffnet eine jüdische Kindertagesstätte in Los Angeles stürmte und nach einem Amoklauf einen Toten und zwei Verletzte hinterließ.

Besonders relevant sind unter den derzeitigen Umständen die Umtriebe des ehemaligen AN-Mitglieds Larry Wayne Harris. Schon im Jahre 1995 experimentierte der Mikrobiologe mit Pest-Erregern (*Yersinia pestis*) und wurde nach seiner Verurteilung im Jahre 1998, diesmal mit Milzbrandernregern (*Anthrax*), erneut festgenommen. Harris wurde jeweils zu Bewährungsstrafen verurteilt und verewigte sein Wissen in einem von der AN verbreiteten Buch über biologische Kriegsführung.

Es ist zu befürchten, dass Rechtsextremisten in den USA sowohl über den notwendigen ideologisch unterfütterten Fanatismus als auch über das Know-how verfügen, Anschläge mit Substanzen wie Anthrax auszuüben. Dazu ist es zwingend notwendig, eine Ideologie der Delegitimation zu verinnerlichen, die das ideologische Framework als auch die Rechtfertigung für das Verüben der Gewalttat darstellt. Hierbei „füttert“ die Ideologie sozusagen die auf den Stufen der Radikalisierung aufsteigenden Personen ständig. In diesem Sinne ist es dann nicht mehr entscheidend, ob die USA als „zionistisch okkupiert“ oder als „großer Satan“ angesehen werden, das World Trade Center gilt in beiden Fällen als überragendes Symbol der „mammonistischen Welt Herrschaft“ und die amerikanische Regierung als „jüdisch kontrolliert“, ihre Repräsentanten als Handlanger des feindlichen „Systems“. Falls die neue AN-Führung nicht noch für die dem Gerichtsurteil vom vergangenen Jahr zuwiderlaufende Weiterverwendung des Gruppennamens zur Rechenschaft gezogen wird, dürfte sicher sein, dass sich die AN als feste Größe innerhalb der amerikanischen Szene wieder etablieren. Gewalt gegen das verhasste System und Andersdenkende ist dabei nicht ausgeschlossen.

Thomas Grumke

Demokratische Initiativen**Fußball und Gewalt**

Die Ausstellung „Tatort Stadion“ nimmt die rechten Fanszenen ins Visier.

Sommer 1998. Im französischen Lens wird das Weltmeisterschafts-Spiel Deutschland gegen Jugoslawien ausgetragen. In der Stadt sind etliche gewaltbereite deutsche Hooligans und Anhänger der Neonazi-Szene unterwegs. In einer Seitenstraße treiben mehrere von ihnen den Polizisten Daniel Nivel in die Enge, schlagen ihn nieder und treten, als er bereits am Boden liegt, gegen seinen Kopf.

Dieser „Fall“ hat sich vielen eingeprägt; vielleicht weil die Täter gefasst und verurteilt wurden, vielleicht weil der bis heute unter den Folgen des Gewaltaktes leidende Polizist im Prozess als Nebenkläger auftrat. Doch der Übergriff von Lens steht exemplarisch für das Klima, das seit langem gerade in deutschen Fußballstadien anzutreffen ist: „Es gibt eine kontinuierliche Verwurzelung rechtsgerichteten, homosexuellenfeindlichen und sexistischen Gedankengutes in Teilen von Fanszenen“, stellen Gerd Dembowski und Ronald Noack fest.

Beide gehören der Berliner Sektion des „Bündnis Aktiver Fußballfans“ (BAFF) an und haben die Ausstellung „Tatort Stadion“ erarbeitet, die derzeit in Berlin gezeigt wird. Sehenswert ist diese Präsentation auch für jene, die dem Fußballsport eher fernstehen. Denn was sich abseits des grünen Rasens abspielt, hat eine politische Bedeutung, die vermutlich längst nicht so ernst genommen wird, wie sie es verdiente.

Dembowski und Noack haben das Thema ernst genommen, und sie konnten in achtmonatiger Recherche eine Menge Material zusammentragen: Beispiele etwa für fortgesetzte Unterwanderungsversuche unpolitischer Fußballfans durch organisierte Neonazis. So wird der verstorbene Neonazi-Anführer Michael Kühnen in der Ausstellung mit der Bemerkung zitiert, es gebe eine Rekrutierung unter „Skinheads und Fußballfans, die uns sehr helfen, aber politisch nicht ganz zu uns gehören“. Beeinflussungsversuche der eher politisch desinteressierten, aber gewaltbereiten „Fans“ setzten sich fort. Vor einem Fußball-Länderspiel zwischen der deutschen und der türkischen Mannschaft im Oktober 1983 verbreiten Neonazis einen Aufruf, „dem

Deutschen Volke“ stehe „der Kampf gegen das stinkende Türkenpack“ bevor.

Die deutsche Vereinigung, so die Ausstellungsmacher, habe die Situation in den Stadien weiter verschärft. Schon in den achtziger Jahren hatte sich auch in der DDR eine rechtsradikal orientierte Fangemeinde gebildet. Mit der staatlichen Einheit fanden die nationalistisch und fremdenfeindlich auftretenden „Fußballanhänger“ schnell zusammen. Die Reichskriegsflagge etwa gehört seit Anfang der neunziger Jahre für diese Fangruppen beinahe schon zur Standardausrüstung.

Rechtsradikale, rassistische und antisemitische Gesinnung eines Teils der Fußball-Anhängerschaft sind dabei kein Phänomen der jüngeren Vergangenheit. „Schon in den zwanziger und dreißiger Jahren haben Ressentiments eine erhebliche Rolle gespielt“, so Ronald Noack. Auch heute sehen sich Fußballvereine mit jüdischer Historie – etwa Tennis Borussia Berlin oder Eintracht Frankfurt – regelmäßig antisemitischen Schmähungen ausgesetzt. „Der Antisemitismus im Zusammenhang mit Fußball funktioniert weitgehend ohne die Anwesenheit von jüdischen Menschen“, heißt es in der Ausstellung. Da werden Schiedsrichter als „Jude“ bezeichnet und die Fans der Gegenmannschaft verbal nach Auschwitz geschickt.

Nicht allein von den Rängen der Fanblocks schallen diskriminierende Sprüche. Eine ganze Tafel haben die Ausstellungsmacher Gerhard Mayer-Vorfelder, dem Präsidenten des Deutschen Fußballbundes (DFB) gewidmet. Der CDU-Politiker und frühere Kultusminister von Baden-Württemberg macht aus seinem schlichten Weltbild keinen Hehl. „Hätten wir 1918 die deutschen Kolonien nicht verloren“, wird er zitiert, „hätten wir heute in der Nationalmannschaft wahrscheinlich auch nur Spieler aus Deutsch-Südwest.“ Dann wieder beklagt Mayer-Vorfelder, dass heutzutage so viele Ausländer in den deutschen Ligavereinen mitspielen.

Dabei bestimmt der internationale Spielertransfer seit langer Zeit den Fußball-Alltag. Umso deutlicher wird, wie wenig es einem Teil der Fanszene um den Sport Fußball geht. Die Stadien bieten ihnen einfach eine hervorragende Bühne, sich in Szene zu setzen.

Gudrun Giese

„Tatort Stadion“ wird bis zum 6. Dezember in der Mediengalerie, Dudenstraße 10, in Berlin gezeigt: Montag bis Freitag, 11 bis 19 Uhr; T. 030/7880090. Nächste Station ist ab Mitte Januar Hamburg.

Demokratische Initiativen**Verdiente Ehrung**

Der SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel wurde mit dem Leo-Baeck-Preis ausgezeichnet. Die Laudatio hielt sein Bruder Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Thüringen.

Kurz nach der Gründung des Zentralrats der Juden in Deutschland im Jahre 1950 begann die Diskussion darüber, ob und wie hier zu Lande die oberste Instanz der jüdischen Gemeinschaft Menschen danken und ehren könne, die sich besondere Verdienste um diese Minderheit erworben haben. Dann fiel die Entscheidung: Der Preis sei notwendig und werde den Namen des berühmten Wissenschaftlers und Rabbiners Leo Baeck (1873 bis 1958) bekommen. Erster Preisträger war im Jahre 1957 Peter Adler. Danach sind zahlreiche Frauen und Männer ausgezeichnet worden. 15 mal konnte der Zentralrat den Preis nicht vergeben, weil ihn sich niemand verdient hatte – ein deprimierendes Armutszeugnis für die Bundesrepublik. In diesem Jahr freilich brauchte niemand zu fragen, wer der 47. Preisträger sei. Hans-Jochen Vogel kann es an Popularität auch mit dem Bundeskanzler aufnehmen. Oberbürgermeister von München, Vorsitzender der bayerischen SPD, Bundesbau- und Bundesjustizminister, Regierender Bürgermeister von Berlin, Fraktionsvorsitzender im Bundestag, Kanzlerkandidat und Parteivorsitzender der Sozialdemokratischen Partei.

■ **„Das öffentliche Bewusstsein sensibilisieren“** ■

Als der Preis noch in der alten Bundesrepublik vergeben wurde, sorgte die Polizei zwar auch für Sicherheit, es gab aber keine erhöhte Sicherheitsstufe. In Berlin hat sich dann vieles verschärft. Diesmal war der gesamte Straßenteil von der Tucholsky-Straße an gesperrt – nicht nur für Autos, sondern auch für Fußgänger. Der 11. September hat eben auch Folgen für die Hauptstadt. Im Centrum Judaicum freilich war alles wie sonst: heiter, ungezwungen, freundlich. Nach einem kurzen Klavierstück von Felix Mendelssohn-Bartholdy kam der Zentralratspräsident Paul Spiegel ohne Umschweife auf ein aktuelles Thema zu sprechen: Die Diskussion um ein Buch, das Leo Baeck vor sei-

ner Verschleppung nach Theresienstadt vermutlich im Auftrag der Nazis hatte schreiben müssen. Die alte Debatte um die Judenräte schien erneut zu beginnen. Spiegel machte dem Für und Wider um den großen Rabbiner für den Zentralrat kurzer Hand ein Ende. „Leo Baecks moralische Integrität bleibt unbeschadet, auch wenn er erzwungenermaßen eine wissenschaftliche Auftragsarbeit für das Reichssicherheitshauptamt und nicht für den deutschen Widerstand erbracht hat ... Leo Baeck half, und das ist unbestritten, wo er konnte.“

Dann kam Spiegel auf den Preisträger 2001 zu sprechen. „In Hans-Jochen Vogel wissen wir einen streitbaren Partner gegen Vorurteile, denen Minderheiten in unserem Lande ausgesetzt sind. Er versteht unsere Belange und versucht unermüdlich, mit seinen Aktivitäten das öffentliche Bewusstsein für die Probleme der jüdischen Gemeinschaft im Nachkriegsdeutschland zu sensibilisieren.“

Als Laudator hatte der Geehrte seinen Bruder Bernhard erbeten, den prominenten CDU-Politiker und Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen. Die an diese Kombination geknüpften heiteren Erwartungen wurden nicht enttäuscht: Vogel lobte Vogel – eine auch vergnügliche, kurzweilige Feier. Es sei „Vorsicht geboten, zumal ich weiß, dass mein Bruder Lob nur sehr dosiert verträgt und in dieser Hinsicht zur Skepsis neigt.“ Es war übrigens der erste gemeinsame öffentliche Auftritt der beiden Brüder. „Du Jochen, wirst wohl für lange Zeit der einzige bleiben, der München und Berlin als Oberbürgermeister gedient hat. Und ich werde ... für lange Zeit der einzige bleiben, der in zwei Ländern (Thüringen und Rheinland-Pfalz; Anm.) als Ministerpräsident dienen durfte.“

Dann war der Preisträger an der Reihe – unterhaltsam und ernst wie sein Bruder. Hans-Jochen Vogel begründete, warum er immer gegen einen Schlussstrich und die Verjährung von nationalsozialistischen Mordverbrechen war und weshalb er Mitbegründer des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ ist, dessen langjähriger Vorsitzender er ebenfalls war. Er schloss mit der Hoffnung, dass es doch gelingen möge, „wieder von jüdischen und nichtjüdischen Deutschen“ zu sprechen. Und, so wünscht sich Vogel, „damit vielleicht eines Tages sogar aus dem Zentralrat der Juden in Deutschland der Zentralrat der deutschen Juden wird. Ich würde mich freuen, wenn ich es noch erleben könnte. Dazu helfen, soweit es in meinen Kräften steht, will ich auch in Zukunft“. *Heiner Lichtenstein*

Seitenblick**Wichtige Wiederkehr**

Als die 1843 in New York gegründete jüdische humanitäre Organisation B'nai B'rith – zu Deutsch: Söhne des Bundes – auf ein halbes Jahr in Deutschland zurückblickte, schrieb Leo Baeck: „Jede Umwälzung, zumal eine Umgestaltung von der Weite und Tiefe, wie wir sie durchleben und durchziehen müssen, lockert und löst ehemalige Sicherheit und Zuversicht ... Und wir Juden haben es mehr als andere erfahren. Jede Wandlung ... ergreift uns ... mehr als alle übrigen.“ Das war – Anfang 1933 – ein Wort von bedrückender Ahnung. Kurz danach endete, zwangsweise, die Arbeit des deutschen Distrikts des Bne Briss, wie er sich damals schrieb: die Logen wurden geschlossen, ihr Vermögen konfisziert. Wer nicht rechtzeitig fliehen konnte, kam in der Vernichtungsmaschinerie der Nazis zu Tode. Nach dem Krieg hat sich der Orden zunächst in Westdeutschland, nach der Wiedervereinigung behutsam auch im Osten wieder etabliert.

In Berlin versammelte sich in diesen Tagen 300 Delegierte des europäischen B'nai B'rith zu der alle zwei Jahre stattfindenden Hauptversammlung. Schon die von Michael Degen moderierte Eröffnungsveranstaltung im Deutschen Theater – sie war im Gegensatz zur späteren Tagung in einem Berliner Hotel erfreulich unauffällig gesichert –, machte gleichwohl deutlich, wie wenig selbstverständlich die Tagung in Berlin war, deren Arbeit unter dem Wort stand: „A past to remember – a future to build“. Mir senen da – wir sind wieder da, sang Berlins Kanton Scheffer. Was das besagt, wurde im Grußwort des Berliner Senats leider viel zu wenig spürbar, das eher wie eine Werbung um den Standort Berlin wirkte. Oberrabbiner Melchior sprach von dem Bruch Deutschlands mit dem, was seine jüdische Minderheit in Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft beigetragen hatte. Zugleich warb er für die Zusammenarbeit mit dem heutigen Deutschland, dessen Mehrheit an der Verfolgung der Juden unbeteiligt war. Dass dies angenommen wird, zeigte sich an der gelösten Stimmung der Delegierten. Das offizielle Deutschland machte mit der hochrangigen Vertretung durch den Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse, Außenminister Joschka Fischer und Justizministerin Herta Däubler-Gmelin deutlich, wie wichtig die Rückkehr der Juden nach Deutschland für das eigene Land, aber auch für Europa ist. *Klaus-Henning Rosen*

NS-Vergangenheit**Braune Scholle****Der Bauernstand als Dreh- und Angelpunkt der Blut- und Boden-Ideologie**

„Endlich wird der Schleier ein wenig gelüftet.“ Beinahe erleichtert klingt Hermann Gerdes aus Ostfriesland. Der 66-jährige Landwirt ist einer der Besucher der Wanderausstellung „Die deutschen Bauern geschlossen hinter dem Führer? – Ländliche Geschichte ausgegraben“. Die ist noch bis zum 23. November im Staatsarchiv in Bremen zu sehen und wird von einem Veranstaltungsprogramm aus Filmvorführungen und Vorträgen begleitet. Thema ist die Situation der Landwirtschaft in der Nazi-Zeit und die Verstrickung der Bauernschaft in das nationalsozialistische Spinnennetz. „Unter Landwirten“, bedauert Gerdes, „wurde und wird wenig über die nationalsozialistische Zeit gesprochen, und wenn geredet wird, dann passiert das eher unkritisch oder sogar mit einer gewissen Traurigkeit, dass der braune Spuk vorbei ist“. Die Herrschaft von Hitler und Konsorten erlebte Gerdes als kleiner Steppke mit. Aufgewachsen ist er auf einem Bauernhof. Und woran er sich gut erinnern kann, das ist die Begeisterung, mit der sein Vater die Nazis unterstützte und die Hakenkreuzfahne hisste.

Mit dieser Sympathie stand Bauer Gerdes seinerzeit alles andere als allein auf weiter Flur. Auch das macht die Ausstellung, die auf einer umfangreichen Sammlung des Landwirtschaftsmuseums Lüneburger Heide in Hösseringen beruht und vom niedersächsischen Kultusministerium unterstützt wird, deutlich. Die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Weimarer Republik waren Wasser auf die Mühlen der Nazis. Seit 1928 rollte eine Welle von Zwangsversteigerungen über die deutschen Bauernhöfe. 1931 lag die Verschuldung der Landwirtschaft bereits bei mehr als zwölf Milliarden Reichsmark. Die NSDAP arbeitete emsig an ihrer Rolle als „Retter in der Not“. Hilfreich waren ihr letztlich die Aktivitäten der „Landvolkbewegung“, eine Art Selbsthilfeorganisation politisch enttäuschter Bauern in Norddeutschland. Sie verhinderte Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre Zwangsversteigerungen gewaltsam, boykottierte Steuern und ließ sogar Bomben hochgehen. Als Anführer der „Landvolkbewegung“ galt Claus Heim. Im Oktober 1930 wurde er wegen Verwicklung in einen Sprengstoffanschlag zu sieben

Jahren Gefängnis verurteilt. Auch zahlreichen weiteren Spitzenleuten wurde der Prozess gemacht. Das war das Ende der „Landvolkbewegung“, deren Aktivisten zum Großteil zur NSDAP überliefen. Heim selbst stand den Nazis eher skeptisch gegenüber. 1932 amnestiert, lebte er fortan auf seinem Bauernhof zurückgezogen.

Als die Nazis an die Macht kamen, verloren sie kaum Zeit: In den Jahren 1933 und 1934 wurde eine breite Agrargesetzgebung mit mehr als 250 Verordnungen und Gesetzen gültig. Die wegweisendste Idee zur Gleichschaltung der Landwirtschaft: die Gründung des „Reichsnährstandes“ und die Aufteilung des Deutschen Reiches in 20 Landesbauernschaften. Der am 13. September 1933 gebildete „Reichsnährstand“ war eine der Mammutorganisationen, wie sie in der Nazi-Zeit üblich waren. Die 113 000 ehrenamtlichen Mitarbeiter und 20 800 besoldeten Angestellten ordneten sich dem obersten Ziel nationalsozialistischer Agrarpolitik unter, und das lautete: Die Lebensmittelimporte sollten drastisch verringert werden. Das Volk sollte die völlige „Nahrungsfreiheit“ bekommen und so auch in die Lage versetzt werden, einen großangelegten Krieg zu führen. Die Zwangsmitgliedschaft im „Reichsnährstand“ blühte jedem, der in der Land-, Forst-, Garten- und Fischwirtschaft, im Verarbeitungssektor und im Landhandel tätig war. Viele Bauern konnten dem durchaus Positives abgewinnen, wie in der Ausstellung dokumentiert wird. Die staatliche Lenkung und Kontrolle von Angebot und Nachfrage, die Abnahmegarantien und Festpreise erleichterten den Arbeitsalltag. Oder, wie es der Historiker Eberhard Aleff ausdrückte: „Das Prinzip des freien Marktes wurde zugunsten einer durch die Interessen der Erzeuger bestimmten Zwangswirtschaft aufgegeben.“

Wenige Tage nach der Gründung des „Reichsnährstandes“ erließen die Nazis das „Reichserbhofgesetz“. Hintergrund: „Die Reichsregierung will unter Sicherung alter deutscher Erbsitte das Bauerntum als Blutquelle des deutschen Volkes erhalten. Die Bauernhöfe sollen vor Überschuldung und Zersplitterung im Erbgang geschützt werden, damit sie dauernd als Erbe der Sippe in der Hand freier Bauern verbleiben.“ Das Gesetz legte unter anderem fest: „Land- und forstwirtschaftlicher Besitz in der Größe von mindestens einer Ackeranbauung und von höchstens 125 Hektar ist Erbhof, wenn er einer bauernfähigen Person gehört.“ Diese Erbhöfe sollten ungeteilt auf den Erben übergehen können und sowohl unveräußerlich, als auch unbe-

lastbar sein. Auf gewisse Umsetzungsprobleme in der Branche lassen zumindest die Zahlen schließen, die in der Ausstellung genannt werden: 1939 wurden deutschlandweit 669 665 Erbhöfe registriert, und das waren lediglich 21,5 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Die nationalsozialistische Propaganda hatte für die Landwirtschaft viele warme Worte übrig. Der Bauernstand wurde Dreh- und Angelpunkt der Blut- und Boden-Ideologie, und Reichsbauernführer und „Reichsnährstands“-Chef Walter Darré war ein Garant dafür. Für ihn war „der Dienst am Boden gleichwertig dem Dienst mit der Waffe“. Bereits Ende der zwanziger Jahre hatte er in Büchern wie „Das Bauerntum als Lebensquell nordischer Rasse“ und „Um Blut und Boden“ dargelegt, wohin die Reise gehen sollte. Der Diplom-Landwirt Darré, der 1927 als Tierzüchter mit Heinrich Himmler bekannt geworden war, leitete von 1931 bis 1938 das Rassen- und Siedlungshauptamt der SS und fungierte als SS-Obergruppenführer. Ab 1933 übte er noch andere Ämter aus, gab die „Nationalsozialistische Landpost“ und die „Deutsche Agrarpost“ heraus. Außerdem war Walter Darré von Januar 1933 bis Mai 1942 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Er verstarb 1953 in München.

Durch verschiedene Aktionen und Maßnahmen sollte das Landleben aufgewertet und die Landwirtschaft gestärkt werden. Das wollten die Nazis zum Beispiel dadurch erreichen, dass sie die Landarbeit zum Lehrberuf machten und massiv Kriegsgefangene und deportierte Zwangsarbeiter als Helfer der Bauern ausbeuteten. Deren Anteil stieg in der Zeit von 1939 bis 1944 von 1,1 auf 46,4 Prozent. Von den im August 1944 im Deutschen Reich eingesetzten 7,9 Millionen Zwangsarbeitern waren rund ein Drittel in der Landwirtschaft beschäftigt. Die stärksten Kontingente stellten Zivilisten und Kriegsgefangene aus Frankreich, Polen und dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion.

Die überkommene Besitzstruktur änderte sich in der braunen Ära nur wenig: 1939 gehörten den 56 Prozent Höfen unter fünf Hektar lediglich 13 Prozent der Fläche, den 0,6 Prozent Gütern über 100 Hektar im Gegensatz dazu 17 Prozent. Der Verdienst der Bauern lag um sieben bis zehn Prozent hinter der allgemeinen Entwicklung. Im Zeichen des Hakenkreuzes wurden wesentlich weniger Neubauernhöfe und Kleinsiedler-Parzellen geschaffen als in der Weimarer Republik und die Dörfer mussten auf 750 000 Einwohner verzichten. *Thomas Klaus*

Bücherschau**Beutegemeinschaft****NS-Größen bereicherten sich ungeniert**

Angesichts aktueller Korruptionsskandale hört man nicht nur an Stammtischen und von unbelehrbaren Neo- und Altnazis häufig den Kommentar, dass so etwas unter Hitler nicht möglich gewesen wäre. Dabei werden sich ältere Menschen sicher noch gut an die damals weit verbreiteten Spötteleien über Hitlers „Goldfasane“ und den üppigen Lebensstil vieler NS-Potentaten erinnern. Neben despektierlichem Spott war aber auch die Meinung weit verbreitet, „wenn das der Führer wüsste“, wäre mit diesen Missständen schnell Schluss. Dass Hitler sehr wohl wusste, was in Sachen Korruption und Vetternwirtschaft in seinem Reich vor sich ging, weist der Hamburger Historiker Frank Bajohr eindrucksvoll nach. Er kommt sogar zu dem Ergebnis, dass es in der deutschen Geschichte keine Periode gab, in der Korruption auch nur annähernd so weit verbreitet war. „So bildeten Patronage, Nepotismus, Kameraderie und systematische Protektion die Grundlage für die 'politische Ökonomie' der nationalsozialistischen Bewegung.“

Waren die Nazis zunächst angetreten, Korruptionsfälle aus der Weimarer Zeit aufzudecken, wurde die veröffentlichte Meinung nach kurzer Zeit schnell auf andere Themen eingeschwenkt. Zu offensichtlich war, dass man sich schon bald mit dieser Thematik ins eigene Fleisch schneiden würde. Schließlich waren die neuen Machthaber gerade dabei, Hunderttausende „alter Kämpfer“ für ihre Treue und angeblichen Entbehrungen mit Stellen im Öffentlichen Dienst zu belohnen. Sogar Arbeitslosigkeit wurde im Nachhinein als Form der politischen Verfolgung dargestellt, für die betroffene Parteigenossen entschädigt werden sollten. Derartige Maßnahmen für „Opfer der Systemzeit“, aber auch spätere Geschenke Hitlers an militärische, politische, wissenschaftliche oder kulturelle Eliten, waren offiziell erwünscht und wurden auch entsprechend propagandistisch dargestellt.

Andere Formen des Machtmissbrauchs wurden hingegen lediglich toleriert, wie etwa die umfangreichen Schwarzmarktgeschäfte in den besetzten Gebieten oder auch das Ausufern von Sonderfonds und schwarzen Kassen, die zunehmend den Staatshaushalt unüberschaubar werden ließen.

Gelegentlich wurde aber auch hart durchgegriffen, vor allem, wenn kleinere Parteigenossen sich an Mitgliedsbeiträgen oder Spendengeldern bereicherten. Als mit den Bombenangriffen auf deutsche Städte auch die Versorgungslage immer schlechter wurde, nutzte man den Fall eines Gauamtsleiters der NS-Volksfürsorge, der Lebensmittel nicht an Notleidende ausgeteilt, sondern für sich und seine Freunde hatte „mitgehen“ lassen, um ein Exempel zu statuieren. Gemäß der „Volksschädlingsverordnung“ wurde er zum Tode verurteilt und hingerichtet. Es war augenfällig, dass die Kleinen gehängt und die Großen laufen gelassen wurden.

Ausführlich widmet sich Bajohr dem Amtsmissbrauch bekannter Nazi-Potentaten, die ihre Privilegien zu schamloser Bereicherung und großmannsüchtiger Selbstinszenierung nutzten. Dabei denkt man natürlich zuallererst an Hermann Göring, dessen Prunksucht schon während des „Dritten Reichs“ zum Tagesgespräch der Bevölkerung gehörte und Gegenstand vieler Witze war. Er besaß nicht nur diverse luxuriöse Wohnsitze, sondern benutzte auf Reisen auch gerne einen Sonderzug mit zehn Autos und einer Bäckerei. Görings Kunstsammlung, die aus einigen tausend (teils geschenkten, wenigen gekauften und vor allem geraubten) Werken bestand, hatte einen Wert von mehreren hundert Millionen Reichsmark.

Aber auch Parteigrößen, die öffentlich als uneigennützig Idealisten wahrgenommen wurden, wussten im Geheimen ihre Privilegien gewinnbringend einzusetzen. So verwundert es nicht, dass Hitler ganz selbstverständlich von der Reichspost 52 Millionen Reichsmark entgegennahm für die Verwendung seines Konterfeis als Briefmarkenmotiv. Propagandaminister Goebbels, der mitunter die Prachtentfaltung anderer NS-Funktionsträger geißelte, fand Wege, zu einem ansehnlichen Vermögen zu gelangen, ohne nennenswert Steuern zu bezahlen.

Nicht unerwähnt bleiben auch die vielfältigen Formen der Bereicherung im Zusammenhang mit der Judenverfolgung. Hier profitierten nicht nur Parteigenossen, sodass Bajohr zu dem Ergebnis kommt: „Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft war auch eine Beutegemeinschaft.“

Dem Autor ist es eindrucksvoll gelungen, weit verbreitete und tief sitzende Vorstellungen von den ordentlichen Verhältnissen unter Hitler gründlich zu widerlegen.

Dietmar Adam

Bajohr, Frank, Parvenüs und Profiteure: Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt/M. 2001 (Fischer), 256 Seiten, 44,90 Mark.

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten****„Junge Freiheit“ (JF), 16. Jg., Nr. 44-46/01:**

Der Union empfiehlt Alexander Barti, ihre Strategie zu überdenken und die Hilfe eines Partners in Anspruch zu nehmen, der „den integren rechten Rand einbinden“ könne. Gerade die Republikaner, die diese Rolle hätten spielen können, jedoch seien „heute diskreditiert und marginalisiert“ beklagt der JF-Autor. Im Übrigen gehöre das Dogma vom Kampf gegen rechts auf den „Schrotthaufen der seligen Bonner Republik“, so Barti. In anderen Staaten wie Österreich, Italien, Norwegen hätten sich die Bürgerlichen erfolgreich mit rechten Partnern eingelassen, führt Claudia Hansen an. Klaus Motschmann wirft der CDU vor, beim „Kampf gegen Rechts“ mit dazu beigetragen zu haben, „etwa 15 bis 20 Prozent unseres Volkes in eine strenge politische Quarantäne“ zu stellen und ein „politisch-geistiges Klima zu erzeugen“, das nun auf sie zurückschlage (44/01). Keinen Deut mehr auf die von ihm neuerdings als rechtspopulistisch bezeichneten REP scheint Chefredakteur Dieter Stein zu setzen. Er sieht jedoch kurz nach deren Abstieg eine neue Formation „in der ersten Bundesliga des deutschen Parteiensystems“ aufkommen: die Schill-Partei. Konstatiert wird, dass der Union starke Konkurrenz – von rechts – erwachse und bei der JF ist man skeptisch, ob jetzt die nötigen Konsequenzen gezogen würden (45/01). Berichtet wird über eine Tagung des Instituts für Staatspolitik; der CDU-Abgeordnete Martin Hohmann soll demnach die Anschläge vom 11. September als „neue Chance für ‘rechte’ Themen“ in den Bereichen der „Inneren Sicherheit und des multikulturellen Großversuchs“ gesehen haben. Hans Helmuth Knütter, ebenfalls CDU, ist der Meinung, dass die „Systemfunktionäre“ nacheinander „hysterisierend Ereignisse“ hochspielten, nach dem Rechtsextremismus jetzt der „islamistische Terror und der Milzbrand“ – „linke Despotie“ käme als „Fürsorge für die Sicherheit der Bürger getarnt“ (45/01). Das braune Öko-Urgestein Baldur Springmann wünscht sich ein „Freudenmal“ für alle „Deutschlandliebenden“ zur Erinnerung an den November 1989 – in der Nähe und als notwendige Ergänzung zum Holocaust-Mahnmal, das junge Menschen einseitig mit Erinnerungen und Mahnungen überfluten würde. Klaus Hornung will eine „Allianz für Deutschland“, die den guten Willen der Patrioten von Rechts bis Links zusammenfasst (46/01). (gn)

Demokratische Initiativen**Neue Konzeption**

Vom 28. November 2001 bis 13. Januar 2002 wird die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-44“ völlig neu konzipiert in Berlin gezeigt (s. Seite 1). Zwischen 1995 und 1999 war die ursprüngliche Ausstellung unter dem Titel „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in zahlreichen Städten in Deutschland und Österreich präsentiert worden, insgesamt hatten mehr als 800 000 Menschen die Dokumentation gesehen.

Eine Historikerkommission, die vom Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Jan Philipp Reemtsma, eingesetzt worden war, hatte eine Überarbeitung der Ausstellung empfohlen, nachdem diese wegen ernstzunehmender Vorwürfe von Fachwissenschaftlern in die Kritik geraten war.

Auch die neu konzipierte Ausstellung hält an der Grundthese fest, dass die Wehrmacht als Institution an Planung und Durchführung eines Rassen- und Vernichtungskrieges umfassend beteiligt war, wie das Hamburger Institut in einer Mitteilung vom 25. September betont. Die pädagogische Betreuung und die Durchführung der Ausstellung in Berlin hat das Haus der Wannsee-Konferenz übernommen.

28. November 2001 bis 13. Januar 2002: Kunst-Werke Berlin e.V., Auguststraße 69, 10117 Berlin, www.kw-berlin.de; nächste Station ist vom 28. Januar bis 17. März 2002 Bielefeld.

Informationen zur Ausstellung: Hamburger Institut für Sozialforschung, Regine Klose-Wolf, Tel. 040/414097-12, fax -/414097-11; E-Mail: presse@his-online.de; <http://www.his-online.de>

Hinweis

Bad Bovenden-Eddigehausen – Mit dem Thema „Antisemitismus – Wurzeln, Varianten und Gegenstrategien“ setzt sich ein Seminar vom 3. bis 7. Dezember in der Heimvolkshochschule Mariaspring e.V. auseinander. In der Veranstaltung soll eine Bestandsaufnahme zum Antisemitismus in Deutschland vorgenommen werden. Neben einem Blick zurück auf die Wurzeln und Traditionslinien des Antisemitismus wird dabei auch der Frage nach Möglichkeiten einer offensiven Auseinandersetzung mit seinen Apologeten und Akteuren nachgegangen. **Info: Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring e.V., Tel. 05594-95060, Fax -/950650, E-Mail: info@maria-spring.de; <http://www.mariaspring.de>**

Meldungen**Inland**

■ **Bad Bergzabern** – Die betrügerische Anlagefirma CTS aus dem Saarland hat bundesweit rund 3000 Kapitalanleger um rund 440 Millionen Mark betrogen. Einer der führenden Repräsentanten der Firma, die im Oktober aufflog, war Emil Nebert aus dem rheinland-pfälzischen Bad Bergzabern. Nebert war zuletzt beim rechtsextremen „Stahlhelm“ aktiv. Bei Kameradschaftsabenden der Feuerwehr und bei Dorffesten stimmte er schon mal NS-Lieder an.

■ **Berlin** – Der NPD-Ideologe und Burschenschafter Jürgen Schwab hat der virtuellen Partei FUN („Freiheitlich-Unabhängig-National“) ein Interview gegeben. Ablehnend zeigt sich Schwab sowohl gegenüber der alten („war und ist zu vergangenheitsfixiert“) als auch der neuen Rechten („scheut sich vor radikalen politischen Forderungen“). Stattdessen plädiert der rechtsextreme Publizist für die Schaffung einer „politischen Fundamentalopposition“, die „irgendwann die Regierung übernimmt und dann den Großteil der hier lebenden Fremden nach Hause schickt.“ Von einer „Verinigten Rechten“ hält Schwab „überhaupt nichts“, da sich „dauerhaft nur eine Partei oder Gruppe durchsetzen“ könne. Thema der Zukunft sei das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, das Schwab der „Globalisierung“ entgegenhalten will. Nach Auffassung des „sozialrevolutionären Nationalisten“ (Eigenbezeichnung) existiere das „Deutsche Reich“ weiter, sei aber „handlungsunfähig“. Einem NPD-Verbot sieht Schwab gelassen entgegen, da eine Partei, die den „BRD-Parteienstaat überwinden will, nur Mittel aber nicht Zweck der politischen Arbeit“ sei. Die Internet-Partei FUN bildet ein Sammelbecken verschiedenster rechtslastiger Ideologien im deutschsprachigen Netz.

■ **Berlin** – Beziehungshungrige Rechtsextremisten können neuerdings im Internet auf Partnersuche nach Gleichgesinnten gehen. Zwischen Politik, Heidentum und Artgemeinschaft findet sich seit wenigen Wochen auf der braunen Homepage www.izan.de eine Kontaktbörse für „Patrioten und Patriotinnen“. Aus „eigener Erfahrung“, so die Homepage-Macher, könne man nachfühlen, „wie schwer sich die Partnersuche unter aktiven Nationalisten gestalten kann ... Die Harmonie einer Beziehung zweier überzeugter Patrioten ist für die auf-

reibende Agitation unbezahlbar!“ Auf Partnersuche ist unter anderem ein 31-jähriger „gebildeter und sportlicher Germane“ aus Berlin. Er wünscht sich eine „nordische, schlank/zierliche, stolze, geistreiche, selbstbewusste und hingebungsvolle Gefährtin, welche Sinn für Treue, Anspruch, Familie und Artgemeinschaft hat.“ Erwartet wird „die brennende Liebe zum Vaterland!“ Betreiber der Seite ist der wegen Körperverletzung vorbestrafte Neonazi Andreas Voigt (34), Anfang der 90er Jahre Chef der Neonazi-Skin-Truppe „Kreuzritter für Deutschland“ in Stuttgart. Bekannt war Voigt auch als Betreiber der braunen Szene-Kneipe „Cafe Germania“ in Berlin. Die von „Rechtsextremisten für Rechtsextremisten“ eingerichtete Kneipe ging 1998 Pleite.

■ **Burg/Dithmarschen** – Die im schleswig-holsteinischen Burg/Dithmarschen ansässige rechtsextreme Literatur-Report GmbH (früher Asgard-Verlag, dann Verlag Tim Schatowitz) macht ihre Kunden auf den Faksimile-Nachdruck des Buches „Weltmachtpläne. Zur Entstehung der so genannten Zionistischen Protokolle – Neue Zusammenhänge zwischen Judentum und Freimaurerei“ eines E. Freiherr von Engelhardt aufmerksam. Laut Autor Engelhardt handelt es sich bei den „Protokollen der Weisen von Zion“ um „Richtlinien jüdischer Weltpolitik, die von führenden Persönlichkeiten des Judentums vor einem auserlesenen engen Kreis während beziehungsweise kurz vor oder nach dem Baseler Zionistenkongress im Jahre 1897 vorgelesen worden sind.“ Natalie Geizenreder von der Literatur-Report GmbH, die vorwiegend Bücher mit unkritischen bis verklärenden Darstellungen des Dritten Reiches im Verlagsprogramm hat, appelliert an den Kundenstamm: „Sichern Sie sich noch heute ein Exemplar dieser interessanten Studie.“

■ **Grafing** – Hans-Joachim Kupka (50), einst Gründungsmitglied der Republikaner (Nummer 99), ehemals REP-Bundesvorstandsmitglied, sorgt für Pressewirbel in seiner bayrischen Heimatstadt Grafing. Kupka, der sich Ende 1987 nach Neuseeland abgesetzt hatte, kehrte im vergangenen Jahr fluchtartig nach Bayern zurück, als ihm in Neuseeland Leugnung des Holocausts, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit vorgeworfen worden war. Jetzt hat Kupka seine rechtsextreme Vergangenheit wieder eingeholt. Die Volkshochschule in Grafing, an welcher er Kurse abhalten wollte (unter anderem Deutsch für Ausländer), hat sich von ihrem umstrittenen Dozenten getrennt. Kupka hatte sich

den akademischen Titel Magister Artium zugelegt, den er nicht besitzt. Die Staatsanwaltschaft Mannheim ermittelt wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener gegen Kupka.

■ **Hamburg** – Die Marketing-Expertin der Schill-Partei, Gerda Witthun, unterhielt nach Recherchen der „Hamburger Morgenpost“ Kontakt zu der als rechtsextrem eingestuften Bewegung „Pro Köln“. Witthun, die zuvor bei der Statt-Partei, dann bei deren rechter Abspaltung Die jungen Alten organisiert war, und nach Eigenbekunden Abonnentin der „Jungen Freiheit“ ist, stellte während des Hamburger Wahlkampfes das Schill-Programm bei Pro Köln vor. Dabei sei eine „weitgehende Übereinstimmung“ festgestellt worden, heißt es auf der Web-Seite von Pro Köln. Pro Köln wird von der Deutschen Liga für Volk und Heimat getragen. Manfred Rouhs, einer der ideologischen Köpfe von Pro Köln, bestätigte am 6. November der Leserschaft einer internen extrem rechten Mailingliste, dass Witthun in Köln war: „Kein Wunder, dass sich Frau Witthun bei uns wohlfühlt hat: wir pflegen bei unseren Treffen eine freundliche, demokratische Gesprächskultur.“

■ **Potsdam** – Die Ermittlungen gegen die Berliner Nazi-Rockband „Landser“ weiten sich offenbar aus. Auch der Sänger (Uwe) der Potsdamer Gruppe „Proissenheads“ ist inzwischen vernommen worden. Er blieb allerdings auf freiem Fuß. Unklar ist allerdings, ob er nur Zeuge oder auch Beschuldigter ist. Die ermittelnde Bundesanwaltschaft wollte sich dazu nicht äußern. Auf der letzten Landser-CD war Uwe ausdrücklich als „polnischer Freund“ begrüßt worden. Auch Landser-Schlagzeuger Christian Wenndorf hatte beste Beziehungen zu den „Proissenheads“. Der Haftbefehl gegen Wenndorf wurde mittlerweile außer Vollzug gesetzt.

■ **Schifferstadt** – Die beiden Fanzine-Macher Oliver Zdarsky (18) aus Mannheim und Ronnie Reimer (17) aus Schifferstadt sitzen wegen gefährlicher Körperverletzung in Untersuchungshaft. Sie sollen am Bahnhof der pfälzischen Gemeinde einen jungen Mann zusammengeschlagen und getreten haben. Zdarsky, der Sohn eines Polizisten, war erst im Sommer wegen ähnlicher Delikte zu acht Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Er hatte das Fanzine „Rheinsturm“ herausgegeben. Reimer war im September zu 15 Monaten auf Bewährung verurteilt worden, weil er eine Freundin mit einem Messer angegriffen und verletzt hatte. Er ist bereits

seit seinem zwölften Lebensjahr in der Szene aktiv. Der Neonazi war Herausgeber der Fanzines „Südwest-Wind“ und „Pfalzfront“. Noch im vergangenen Jahr war er verstärkt in der „Anti-Antifa“-Arbeit aktiv.

■ **Stuttgart** – Neu im WWW mit einer eigenen Homepage vertreten ist der „Weiße Widerstand. Sektion Schwaben“. Selbstgestecktes Ziel ist es, in den nächsten Jahren „ein gutes Netz von Widerständen in BW und ganz Deutschland“ aufzubauen. Feindbild der schwäbischen Neonazis sind politisch Andersdenkende, die man mit Zecken gleichsetzt. Motto: „Zecken tötet man nicht! Man lässt sie verrecken!“ Heftig kritisiert werden jene Kräfte in der NPD, die die Terroranschläge gegen die USA ideologisch rechtfertigten: „Waren es etwa nicht die islamischen Horden denen wir vor 300 Jahren bei Wien eine Abreibung erteilen mussten?“

■ **Wehr** – Die Serie von Skinhead-Konzerten in Baden-Württemberg (vgl. BNR 20/01) reißt nicht ab. Der jüngste Versuch im südbadischen Wehr (Kreis Waldshut-Tiengen) am 2. November wurde von der Stadt verhindert. Geplant war ein Konzert mit vier Bands in der einschlägigen Kneipe „Reissverschluss“. Angekündigt waren unter anderem die Lokalmatadore von „Blutrausch“, die ihren Probe-raum in dem Lokal haben. Zuletzt fand am 2. Juni im Anschluss an eine neonazistische Demonstration in Karlsruhe ein Konzert im „Reissverschluss“ vor 135 Skinheads statt. Dabei kam es zu strafbaren „Sieg-Heil“-Rufen, die jetzt zu dem Verbot der geplanten Veranstaltung führten.

■ **Würzburg** – Der Würzburger Stadtrat Roderich Sell (64) wurde am 31. Oktober von der 2. Kleinen Strafkammer des Landgerichts Würzburg in einem Revisionsverfahren wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu einer achtmonatigen Bewährungsstrafe mit Geldauflage von 25 000 Mark verurteilt. In der ersten Instanz war der einstige Republikaner Anfang Juli zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen à 150 Mark verurteilt worden (vgl. BNR 14/01). Verteidigt wurde Sell, der bei der Deutschen Liga für Volk und Heimat engagiert ist, von Hannes Kaschkat, einem politischen Mitstreiter von Alfred Mecktersheimer.

Ausland

■ **Großbritannien (Uckfield)** – Das holocaustleugnende „National Journal“ (NJ) aus Uckfield/East Sussex, hinter dem die Vereinigung „Die

Freunde im Ausland“ (DFiA) steht, ruft zur „Abrechnung“ mit deutschen „Multikultis“ auf: „Sie müssen wegen Hoch- und Landesverrat und wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht gestellt werden.“ Vor Gericht gehören insbesondere jene, „die Verfolgungsorgien gegen die Pro-Deutschen entfesselten“. Diese Deutschen, so das NJ „verlangen im Gegensatz zu jeder verlogenen Liberalisten-Front den Frieden für Palästina und die Einstellung der jüdischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit dem unterjochten palästinensischen Volk.“

■ **Österreich (Sibratsgüll)** – Dem österreichischen Neonazi und Holocaust-Leugner Walter Ochensberger hat das Landesgericht in Feldkirch die Anklageschrift wegen Verstoßes gegen das Verbot der NS-Wiederbetätigung zugestellt. Ochensberger hatte in seinem Blatt „Phoenix“ unter anderem über den „Holocaust-Schwindel“ schwadroniert. Aus der marokkanischen Stadt Mohammedia ruft nun der Deutsche Egon Rieder in einem Schreiben an die „Phoenix“-Leserschaft zur finanziellen Unterstützung von Ochensberger auf. Rieder und Ochensberger hatten 1980 gemeinsam ein Handbuch für militante Rechtsextremisten veröffentlicht. Darin wurden, so der Verfassungsschutz, „Fragen der Zellenbildung, der Beschaffung und Einlagerung von Waffen, der Herstellung illegaler Schriften bis hin zur Kampfführung und Sabotage dargestellt.“ Gekündigt wurde nun auch das „Phoenix“-Konto bei der Vorarlberger Hypo-Bank zum 31. Dezember 2001.

■ **Österreich (Wien)** – Der österreichische Neonazi Andreas Thierry (Jg. 1970), verbreitet seine intellektuell verbrämte Propaganda neuerdings im Internet. Ausgerechnet auf der Seite „Hausarbeiten.de“, die stark von Schülern und Studenten aufgesucht wird, sind Arbeiten von Thierry abrufbar. Thierry, „Ziehsohn“ des SS-Mannes Herbert Schweiger, der mehrfach bei Veranstaltungen der NPD sowie der Jungen Nationaldemokraten aufgetreten ist, hatte 1999 auf einer Schulungsveranstaltung des NPD-Landesverbandes Bayern mit Zustimmung der Teilnehmer gefordert, „Rassenlehre wieder zur Grundlage einer Gesellschaftsordnung“ zu machen.

■ **Schweiz (Lausanne)** – Gaston-Armand Amaudruz, inzwischen 80-jährig und Zeit seines Erwachsenenlebens Nationalsozialist, hat nun doch noch eine Gefängnisstrafe erhalten. Das Schweizer Bundesgericht bestätigte Mitte Oktober letztin-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 9
 PVSt, DPAG „Entgelt bezahlt“, A 13861
 Heft 23-2001 / Abo 5292719000
 Antifaschistisches Pressearchiv
 und Bildungszentrum Berlin e. V.
 Falkensteinstr. 46
 10997 Berlin

stanzlich eine Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis ohne Bewährung wegen Holocaust-Leugnung. Es ist das Ende eines langwierigen Verfahrens: Bereits im März 1995 hatte Amaudruz in seinem Blättchen „Courrier du continent“ geschrieben, er „glaube nicht an Gaskammern“. Doch der Strafprozess zog sich in die Länge, da Amaudruz mit formaljuristischen Einwänden das Verfahren verzögern konnte. Erst im Frühling 2000 fand die erstinstanzliche Verhandlung statt. Das Waadtländer Kantonsgericht verurteilte Amaudruz zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung. Das angerufene Obergericht reduzierte die Strafe später auf drei Monate Gefängnis. Dieses Urteil hat das Bundesgericht nun bestätigt.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
 Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.